



Hochschulen bunkern Studiengebühren

Minister mahnt: Das Geld muss schnell investiert werden, "sonst geben wir es aus". Studenten unzufrieden

Christopher Onkelbach
Matthias Korfmann

Essen. Wer Studiengebühren zahlt, will etwas davon haben. Daher sind die Hochschulen aufgefordert, das eingenommene Geld zügig wieder auszugeben. Manche Hochschulen indes bunkern die Millionen, um längerfristige Projekte zu finanzieren - oder um sich schlicht ein Finanzpolster zuzulegen. Im Sparstrumpf aber habe das Geld nichts zu suchen. Das machte jetzt NRW-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) klar.

Er rügte vier Hochschulen, weil sie ihr Geld ansparn, statt es in die Lehre zu investieren. Notfalls werde das Ministerium das Geld ausgeben, drohte Pinkwart.

Die um Nachbesserung ihrer Berichte gebetenen FHs waren Aachen, Köln und Niederrhein. Sie haben inzwischen verbesserte Ausgabenpläne vorgelegt. Allein die FH Südwestfalen (Hagen, Meschede, Iserlohn und Soest) macht Sorgen. "Die Hochschule wollte zwei Millionen Euro aus 2007 bis 2010 übernehmen, das ist nicht zeitnah", erklärt Pinkwarts Sprecher André Zimmer-

mann. Daher habe das Ministerium ein rechtsaufsichtliches Verfahren eingeleitet. Zimmermann: "Das Geld muss bis Jahresende verwendet werden, sonst geben wir es selbst aus."

Zuvor hatte der Minister schon klargestellt, dass es ihm ernst ist. Er erinnerte daran, dass vier Universitäten und neun Fachhochschulen bis Ende 2008 weniger als zwei Drittel ihrer Einnahmen aus Studiengebühren ausgegeben hatten. Auch damals gab es eine Rüge. Schließlich bleibt ein Bachelor-Student im Idealfall drei Jahre an einer Hochschule. Er will erkennen können, was mit seinem Geld passiert. "Häufig gibt es in Hochschulen keine vernünftige Planung für den Umgang mit Studiengebühren", kritisiert der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerkes, Achim Meyer auf der Heyde. "Sie wissen nicht, wie das Geld sinnvoll ausgegeben werden kann. Dann allerdings muss man diese Unis und FHs fragen, warum sie die Gebühren nicht senken." Zuweilen würden mit dem Geld Dienste angeboten, die es schon längst gebe, zum Beispiel diverse Beratungs-Angebote der Studentenwerke oder der Studierendenvertretungen.

Laut auf der Heyde könnte mit den Gebühren viel mehr Lehrpersonal eingestellt werden.

Wie unzufrieden die Studenten mit der bisherigen Praxis sind, zeigte erneut eine Umfrage der Universität Hohenheim unter 5600 Studierenden an 49 Universitäten. Danach lehnen 66 Prozent die Beiträge rundweg ab. Die überwiegende Zahl gibt ihren Hochschulen schlechte Noten bei Verwendung und Transparenz der Gebühren. Ein Grund dafür sehen die Autoren der Studie "Gebührenkompass" in dem fehlenden Glauben der Gebührenzahler, dass ihr Geld tatsächlich einen Vorteil bringt. 71,5 Prozent gaben an, dass es zu keiner Verbesserung der Lehrbedingungen an ihrer Universität gekommen sei.

»Häufig gibt es keine vernünftige Planung«